

**Grundsatzreferat von Michael Hanfstängel, Direktor des Leipziger Missionswerkes
„... damit die Globalisierung dem Leben dient“**

Sehr geehrter Herr Präses, sehr geehrter Herr Landesbischof, sehr geehrter Herr Bischof Bagonza, hohe Synode, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Brüder und Schwestern,

ein bekanntes afrikanisches Sprichwort lautet:

„Gibst Du einem Hungernden einen Fisch, so hat er heute zu essen.

Lehrst Du ihn fischen, so kann er sich Morgen selber helfen.“

Im ökumenischen Fortbildungszentrum in Mindolo in Sambia wird dieses Anliegen der sprichwörtlichen „Hilfe zur Selbsthilfe“ um zwei Fragen ergänzt:

„Und was, wenn die Fangrechte an ausländische Fischereiflotten verkauft werden sollen? Was wird, wenn die Fischgründe bald leer gefischt sind und manche Arten vom Aussterben bedroht sind?“

Die Ausbildung in Mindolo geht über karitative Einzelfallhilfe und vorbildliche Selbsthilfeprojekte hinaus. Es geht auch um politische Rahmenbedingungen, um Rechte und Pflichten, um Verträge und Institutionen, damit niemand verhungern muss in einer Welt voller Überfluss, sondern alle Menschen in Würde leben können und die Schöpfung bewahrt wird. In seiner neuesten Missionserklärung nennt der Lutherische Weltbund dies den Aufbau einer „Globalisierung der Solidarität“, wohl wissend, dass wir – um mit Bonhoeffer zu sprechen – „im Vorletzten“ leben und das Paradies auf Erden nicht schaffen können. Bei der Suche nach einer besseren Gestaltung der Globalisierung geht es nicht nur darum, wie der barmherzige Samariter (Lk 10,25-37) demjenigen zu helfen, der „unter die Räuber gefallen“ ist und zusammengeschlagen „halbtot“ am Wegesrand liegen geblieben ist. Vielleicht können wir gemeinsam mit dem Lutherischen Weltbund und anderen dazu beitragen, dass der Weg von Jerusalem nach Jericho sicherer wird und den Räuberbanden eine Umschulung angeboten wird, damit sie in Zukunft legal und gewaltlos ihren Lebensunterhalt verdienen können.

Sehr geehrtes Synodenpräsidium, ich danke Ihnen, dass Sie die komplexe Thematik der Globalisierung auf die Tagesordnung gesetzt haben und damit ein wichtiges Anliegen vieler Christen in unseren Partnerkirchen aufgreifen, die besonders unter den Folgen der Globalisierung leiden und keine direkte Möglichkeit haben, Ihre Anliegen in einem G8 Land zu Gehör zu bringen. Für dieses **Einführungsreferat** habe ich **fünf Schritte** vorgesehen:

- I. Einige Erwartungen aus der weltweiten christlichen Ökumene
- II. Was ist Globalisierung? Welche Ursachen hat sie und welche Auswirkungen?
- III. Der G8 Gipfel in Heiligendamm rückt näher: Welche Ergebnisse gibt es in den G8 Vorkonferenzen in diesem Monat?
- IV. Welches Ziel hat der Ihnen vorliegende Entwurf für eine Erklärung der Synode? Warum ist der christliche Glaube in Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit nicht neutral?
- V. Einige Schritte zu einer Globalisierung, die dem Leben dient

I. Einige Erwartungen aus der weltweiten christlichen Ökumene

Im Jahr 2002 schrieben die vier Generalsekretäre des Ökumenischen Rates der Kirchen, des Lutherischen Weltbundes, des Reformierten Weltbundes und der Konferenz Europäischer Kirchen einen gemeinsamen Brief an ihre Mitgliedskirchen, um die Ergebnisse der **Konsultation „Ökonomie im Dienst des Lebens“** vom Juni 2002 in **Soesterberg** (Niederlande) bekannt zu machen und die Debatte zur ökonomischen Globalisierung unter den Kirchen zu intensivieren. Die vier Generalsekretäre Konrad Raiser, ÖRK, Ishmael Noko, LWB, Setri Nyomi, RWB und Keith Clements, KEK forderten die Kirchen auf, **„auf die Herausforderungen der ökonomischen Globalisierung in verbindlicher Weise zu antworten – sowohl durch breite Diskussionsprozesse wie auch durch Entscheidungen in den**

zuständigen Gremien.“ Die aktuelle Herausforderung beschreiben sie folgendermaßen: „Die ökonomische Globalisierung ist am stärksten im Bereich des internationalen Finanz- und Geldsystems vorangeschritten. Die Beziehung zwischen der Macht der Finanzmärkte und der Macht der Nationalstaaten hat sich auf dramatische Weise verschoben. Eine alles erfassende Hinwendung zu den auf Profit ausgerichteten Interessen der Aktienbesitzer („shareholder value“) hat Geldströme und finanzielle Transaktionen in zunehmenden Maße von der realen Ökonomie abgekoppelt.“ Dies hat „bereits zu einer ganzen Reihe verheerender finanzieller Krisen geführt und in der Folge zu einer fortwährenden **Umverteilung des Reichtums von den Armen zu den Wohlhabenden**, sowohl innerhalb wie zwischen einzelnen Ländern. Das Ergebnis ist ein noch nie da gewesenes Ausmaß globaler Ungleichheit und Instabilität.“

Die Ihnen vorliegende Kopie mit **Graphiken** aus dem 2001 in Kooperation mit Misereor veröffentlichten „Atlas der Weltverwicklungen“ zeigt, dass die Einkommensschere zwischen dem reichsten Fünftel und dem Ärmsten Fünftel der Weltbevölkerung immer noch weiter aufgegangen ist. Hatten die 20 Prozent Reichsten 1930 das 30fache, so sind es 1997 schon das 74fache dessen, was die ärmsten 20 Prozent zur Verfügung haben. 21 Prozent der Weltbevölkerung erwirtschaften 80% des Einkommens, kontrollieren 73% der Exporte, essen 45% des Angebots an Fleisch und Fisch, verbrauchen 62% der Energie und besitzen 96% der Internetanschlüsse. Während der reichste Mensch der Erde, Bill Gates, 58,7 Milliarden Dollar besitzt, leben 1,2 Milliarden Menschen von weniger als 1 Dollar pro Tag. Am 9. März dieses Jahres wurde die neueste Forbes-Liste der Milliardäre veröffentlicht. Demnach gibt es weltweit inzwischen 946 Milliardäre, die gemeinsam 2,7 Billionen EUR besitzen, mehr als das gesamte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (2,3 Billionen EUR), und deren Vermögen im letzten Jahr insgesamt um 35 Prozent gewachsen ist. Steve Forbes sagte bei der Präsentation der Zahlen: „Es ist das reichste Jahr in der Geschichte der Menschheit. Noch nie hat es einen solchen Anstieg gegeben.“ Das Vermögen der 55 Milliardäre in Deutschland wird auf 232 Milliarden Dollar geschätzt, dabei die beiden Gründer von Aldi, die Brüder Karl und Theo Albrecht, auf Platz 15 und 20 der Weltrangliste.

II. Was ist Globalisierung? Welche Ursachen hat sie und welche Auswirkungen?

Wir können **vier Dimensionen der Globalisierung** unterscheiden:

- erstens die globale Vernetzung durch neue Informationstechnologie,
- zweitens den zunehmend grenzüberschreitenden Güter- und Kapitalverkehr,
- drittens die globale Risikogemeinschaft durch ökologische Gefährdungen, ganz aktuell die Herausforderung des Klimawandels, und
- viertens die schleichende Entmachtung der Nationalstaaten angesichts transnational agierender Unternehmen und damit zugleich die Notwendigkeit internationaler Steuerung, um globalen Herausforderungen wie der Verminderung der Emission von Treibhausgasen gemeinsam zu begegnen.

Im „**Atlas der Weltverwicklungen**“ wird erläutert: „Globalisierung wird als Prozess zunehmender grenzüberschreitender Verflechtungen verstanden, der nicht nur die Ökonomie (Kapitalmärkte, Welt-handel, Investitionen) betrifft, sondern auch die Bereiche der politischen Gestaltung, der kulturellen Identität und des ökologischen Bestandes mit einbezieht und u.a. durch die rasante Entwicklung der neuen Informationstechnologien beschleunigt wird. Viele dieser globalen Entwicklungen haben erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche, politische und kulturelle Situation in der Welt – allerdings in asymmetrischer Weise. Die Länder der „Dritten Welt“ – und hier insbesondere die ärmeren Länder – sind weit unterproportional in diese Prozesse integriert.“ (S. 61) Beispiele für die deutlich geringere Verflechtung der „Dritten Welt“ sehen Sie im Schaubild auf Ihrem Blatt.

Im Lexikon „**ABC der Globalisierung**“ (VSA-Verlag) findet sich folgender Definitionsversuch: Globalisierung kann am besten umschrieben werden „als Kompression von Raum und Zeit zum Zwecke der global umfassenden Inwertsetzung. ... Die Ökonomie wird aus den raum-zeitlichen Koordinaten der Natur und der Gesellschaft „entbettet“. Sie wird auch aus den Bindungen politischer Regeln und Gesetze herausgelöst und herrscht über Gesellschaft und Politik. Möglich werden Beschleunigung in der Zeit und Expansion im Raum durch neue Technologien und den Einsatz der fossilen Energieträger,

vor allem des Öls.“ Dabei erfasst die Inwertsetzung auch die Mikro- und Nanowelten. „Die Grenzen des Lebendigen werden „lebenswissenschaftlich“ durch Nano- und Biotechnologien überschritten.“

Die **Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags** hat am 24. Juni 2002 den Bericht „**Globalisierung der Weltwirtschaft – Herausforderungen und Antworten**“ vorgelegt und ist der Frage nach den Ursachen und Auswirkungen der Globalisierung der Weltwirtschaft intensiv nachgegangen. Die Enquete-Kommission ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

Drei wichtige Ursachen für die sich beschleunigende Globalisierung der Weltwirtschaft:

1. Politisch einschneidend war der **Zusammenbruch des politischen Systems in Osteuropa** und in seinem Gefolge der **Übergang vom vorwiegend politisch definierten Systemwettbewerb zum ausschließlich ökonomisch definierten Marktwettbewerb**.

2. **Technologisch** einschneidend war die **sprunghafte Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnik**. Diese Technik ermöglichte eine neuartige, weltweit verflochtene Produktionstechnik und Logistik, neue Formen der weltweiten Arbeitsteilung im Dienstleistungsverkehr, sekundenschnelle, weltweite Finanztransaktionen sowie Instant-Preisvergleiche mit der Folge eines dramatisch intensivierten Kostenwettbewerbs.

3. Die Globalisierung ist kein Prozess, der von alleine in Gang gekommen ist. Die Ausweitung und Verschärfung des globalen Wettbewerbs waren **politisch gewollt**. Entscheidende Triebkräfte waren und sind die verantwortlichen Akteure der Kapitalmärkte und die Regierungen der G8-Staaten. Sie haben informell wie auch auf internationalen Gipfeltreffen die Weichen gestellt für eine Liberalisierung der Märkte und zur Zurückdrängung des öffentlichen Sektors. Die Enquete-Kommission beklagt dabei besonders die mangelhafte demokratische Beteiligung an diesen Entscheidungen: „Parlamente und Vertreter der Zivilgesellschaft werden all zu häufig behandelt, als seien sie nur lästiges Beiwerk, wenn sie nicht gleich ausgeschlossen werden. Aber die Menschen wollen nicht länger das Gefühl der Ohnmacht haben. Die bisherigen Verfahrensweisen verletzen einen wesentlichen Bestandteil demokratischen Denkens, nach dem Politik eine öffentliche Sache zu sein hat.“

Fünf wichtige Auswirkungen der Globalisierung:

1. **Die negativen Folgen der Globalisierung machen nicht an den Grenzen wohlhabender Länder halt**. Im Gegenteil: Die Beschäftigten und ihre Familien bekommen den Druck des Weltmarktes zu spüren. Arbeitsplätze werden abgebaut, Betriebe verlagert. In vielen Branchen – etwa am Bau – nimmt der Einfluss von Wanderarbeitern zu. Örtliche Tariflöhne werden damit zwangsläufig unterlaufen. Zwar profitieren Arbeitnehmer und Verbraucher auch von der Globalisierung durch die Warenvielfalt, durch Urlaubsreisen und einen inflationsdämpfenden hohen Konkurrenzdruck unter Waren- und Dienstleistungsanbietern. Aber mit der Mobilität weltweiter Geldanlagen, die sich neue renditestarke Anlageorte suchen, können Arbeitnehmer und ihre Familien nicht mithalten. Sie erleben Globalisierung als ein Auflösung von Sicherheiten, Garantien und Rechten, eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze und Einkommen.

2. Die Globalisierung beeinflusst und beschleunigt **wichtige Veränderungen auf den Arbeitsmärkten**. Der verstärkte Wettbewerbs- und Innovationsdruck führt zu schnellerer und flexiblerer Anpassung an die rasch wechselnden Gegebenheiten der internationalen Märkte. Die Globalisierung verschärft bei uns und in anderen Ländern mit hohem Produktivitäts- und Lohnniveau vor allem die **Arbeitsmarktprobleme von Geringqualifizierten**, die in einen Wettbewerb mit Beschäftigten in Niedriglohnländern geraten. Demgegenüber verbessern sich die Arbeitsmarktchancen Gutqualifizierter. Im Jahr 1998 war in Westdeutschland fast ein Viertel und im Osten bereits mehr als die Hälfte aller Erwerbspersonen ohne Berufsabschluss arbeitslos. Deshalb sind Initiativen der Bildungs- und Qualifizierungspolitik zu verstärken und Modelle zu entwickeln, wie vorhandene Arbeit besser verteilt und die soziale Absicherung bei Patchwork-Biographien gewährleistet werden kann.

3. Im Prozess der Globalisierung droht die **Rücksichtnahme auf Kultur, Umwelt und soziale Ausgewogenheit** unter dem Druck des Kostenwettbewerbs in den Hintergrund gedrängt zu werden.

4. Da **Kapitaleigner** und ihre Manager höchst flexibel auf den internationalen Kapital- und Warenmärkten agieren, „Standortvorteile“ und niedrige Unternehmenssteuern in den verschiedenen Regionen der Welt nutzen und diese gegeneinander ausspielen können, hat sich ihre **Verhandlungsposition** gegenüber Regierungen, Gewerkschaften und den Medien deutlich verstärkt. Unter dem Druck des internationalen „tendenziell ruinösen Steuerwettbewerbs“ sind staatlichen Leistungen für **öffentliche Güter** wie Infrastruktur, Gesundheitsvorsorge, Bildung und Forschung und öffentliche Sicherheit **schwieriger zu finanzieren**.

5. Aufgrund der Sorge um die Armut in der Dritten Welt und um ihre eigene Existenz steigt der politische Druck in der Bevölkerung. Die **Menschen** sind nicht Gegner der Globalisierung. Aber sie **verlangen Mitsprache** und transparente Information über die vielfach weit reichenden Entscheidungen. Davon, dass die Menschen politisch in die Gestaltung der Verhältnisse eingebunden sind, wird es abhängen, ob die Globalisierung sozial, ökologisch und fair gestaltet werden kann.

Soweit einige Erkenntnisse und Einschätzungen der Enquete-Kommission.
Ich komme zum dritten Abschnitt meines Referats:

III. Der G8 Gipfel in Heiligendamm rückt näher: Welche Ergebnisse gibt es in den G8 Vorkonferenzen in diesem Monat?

In 67 Tagen werden die Staats- und Regierungschefs aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien, Frankreich, Italien, Russland, Kanada, Japan und Deutschland in Heiligendamm zusammen kommen. Ihrem Treffen vom 6. bis 8. Juni gehen die Konferenzen verschiedener Fachminister voraus. Die Internet-Homepage der Bundesregierung www.g-8.de informiert über diese Konsensbildung im Vorfeld des G8 Gipfels. Dabei stehen wichtige Themen auf der Tagesordnung, die ich Ihnen kurz anhand der Konferenzen der Entwicklungsministerien, der Umweltministerien und der Arbeitsministerien erläutern möchte. Ich folge dabei der Darstellung der Bundesregierung auf der erwähnten homepage.

Anfang dieser Woche haben sich am 26. und 27. März die **Ministerinnen und Minister für Entwicklungszusammenarbeit** der G8-Staaten in Berlin über die Fragen der Armutsbekämpfung und der Nachhaltigen Entwicklung auseinander gesetzt. Dazu eingeladen waren auch erstmals Vertreter aus Brasilien, China, Indien, Mexiko und Südafrika sowie von der Afrikanischen Union. Im Mittelpunkt der Beratungen standen der Beitrag der G8-Staaten und der Schwellenländer zur Erreichung der UN-Millenniumsentwicklungsziele und die Fortführung der Reformpartnerschaft mit Afrika. Zwei Drittel aller HIV-Infizierten leben in Afrika südlich der Sahara, und besonders Frauen sind von AIDS betroffen. Die zuständige Bundesministerin, Frau Wieczorek-Zeul betonte, wie wichtig die weitere finanzielle Unterstützung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria ist. Der Fonds habe seit seiner Gründung 2002 bereits 1,5 Millionen Menschen gerettet. Jeden Monat kämen 100.000 Menschen dazu. Frau Wieczorek-Zeul bekräftigte das Ziel der Bundesregierung, die Mittel für Entwicklungshilfe bis 2010 auf 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Bis 2015 sollen 0,7 Prozent erreicht sein. Gleichzeitig werden die Entwicklungsmittel für Afrika verdoppelt. Dies war eines der Ergebnisse des G8-Gipfels in Gleneagles 2005, das nun erneut bekräftigt wurde.

Gut eine Woche zuvor haben sich in Potsdam die **Umweltminister der G8-Staaten** und der fünf wichtigsten Schwellenländer getroffen. Im Vorfeld dieser Tagung hatten sich die Staats- und Regierungschefs der EU bereits in Brüssel dazu verpflichtet, den Anteil erneuerbarer Energien am Verbrauch bis 2020 auf 20 Prozent zu steigern, die Energieeffizienz um 20 Prozent zu erhöhen, Treibstoffen 10 Prozent Biokraftstoff beizumischen und die Treibhausgasemissionen um 20 Prozent unter den Wert von 1990 zu senken. Im Hinblick auf den G8 Gipfel hat Bundeskanzlerin Merkel das Angebot gemacht: „In internationalen Verhandlungen bieten wir an, die Emissionen in Europa um 30 Prozent zu reduzieren, wenn uns internationale Partner folgen.“ Auf diesen Vereinbarungen der EU konnte

Bundesumweltminister Gabriel beim Treffen der G8-Umweltminister in Potsdam aufbauen. Gabriel hob hervor, dass die Industrieländer als Hauptverursacher des Klimawandels eine besondere Verantwortung für den Klimaschutz und für Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel hätten. Dafür seien die Finanzierung und auch die notwendigen Strukturen zu verbessern. Er rief die Industrieländer dazu auf, für eine Nachfolgeregelung des Kyoto-Protokolls nach 2012 noch stärkere Verpflichtungen zu übernehmen. Erfreulicherweise haben alle Länder die Ergebnisse der internationalen Klimaforschung anerkannt. Die Minister waren sich einig, dass die Anstrengungen zur Senkung der Treibhausgasemissionen deutlich gesteigert werden müssen. Erst vor kurzem hatte der Bericht des Internationalen Wissenschaftsrats zum Klimawandel (IPCC) die Warnsignale über die globale Erderwärmung verdeutlicht. Bundesminister Gabriel zog ein insgesamt positives Fazit: „Ich bin nach diesem Treffen zuversichtlich, dass wir Ende des Jahres in Bali in umfassende Verhandlungen über die Zukunft der Klimapolitik einsteigen können. Besonders wichtig war, dass wir die erheblichen Anstrengungen der Entwicklungsländer für den Klimaschutz gewürdigt haben. In Zukunft wird es darum gehen, ihre Anstrengungen - etwa beim Schutz der Wälder oder bei Wiederaufforstungen - besser zu unterstützen.“ Ein zweites wichtiges Thema war der Schutz und die nachhaltige Nutzung der Biodiversität. Mit der "Potsdam Initiative zur biologischen Vielfalt 2010" wurden dazu konkrete Aktivitäten auf den Weg gebracht. "Die klare Botschaft dieses Treffens ist“, so Bundesminister Gabriel, „dass wir gemeinsam unsere Anstrengungen gegen den massiven Verlust an biologischer Vielfalt verstärken müssen. Es bestand Einigkeit, dass wir nicht länger die Datenbank der Natur mit ihrem großen Potenzial für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung löschen dürfen.“

Ein drittes Beispiel ist die **Konferenz der Arbeits- und Beschäftigungsminister** der G8-Staaten, die sich vom **6. bis 8. Mai in Dresden** unter Vorsitz von Bundesminister Franz Müntefering mit der Gestaltung der sozialen Dimension der Globalisierung und der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen beschäftigen wird. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Mitwirkung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Im Vordergrund stehen Strategien für mehr und bessere Beschäftigung sowie die Verbesserung des Sozialschutzes in Entwicklungs- und Schwellenländern, auch um Sozialdumping zu vermeiden.

IV. Welches Ziel hat der Ihnen vorliegende Entwurf für eine Erklärung der Synode? Warum ist der christliche Glaube in Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit nicht neutral?

Der Entwurf der Synodenerklärung beginnt verhalten optimistisch: „Die Synode setzt große Erwartungen in die von der Bundesregierung vorgeschlagene Tagesordnung für den kommenden G8 Gipfel.“ „Von den von der Bundesregierung angekündigten Themen sind uns besonders wichtig die „Behandlung der sozialen Dimension der Globalisierung“ und der „weltweite Klimaschutz“.“ (S.1) Die drei G8-Fachkonferenzen zeigen: Es sind überlebenswichtige Fragen, die im Rahmen der deutschen G8 Präsidentschaft wenigstens andiskutiert werden. Es werden manchmal sogar über den Kreis der G8 Länder hinaus Interessensgegensätze ausgelotet, Kompromissformeln gesucht und gelegentlich sogar konkrete Initiativen beschlossen. Darin liegt eine große Chance. **Wir wollen diese Beratungen in unserer Fürbitte und Bildungsarbeit begleiten.** Die Bildungstage in Ludwigslust Ende Februar haben gezeigt, wie groß das Interesse an fundierter Information und konkreten Handlungsperspektiven ist.

Die Erklärung wendet sich mit einigen **Forderungen und Anregungen an die politischen Entscheidungsträger und an uns selbst.** Dabei wurden Positionen formuliert, die in der Vorbereitungsgruppe für realisierbar gehalten werden, wenn der nötige politische Wille gegeben ist. Die beispielsweise in Abschnitt 5.1. formulierten Erwartungen an die Bundesregierung zum Umweltschutz und Klimaschutz liegen nicht weit von der soeben beschriebenen Verhandlungsposition der Bundesregierung bei den Beratungen in der EU und in der Runde der G8-Umweltminister. Die Synode könnte mit ihrer öffentlichen Erklärung dazu **beitragen, dass die nötigen Umstellungen zugunsten des Klimaschutzes in der Bevölkerung mitgetragen werden und die Kirche selber in ihrem Verhalten nicht zurückfällt,** sondern mit gutem Beispiel vorangeht, wenn es um die notwendige Gemeindeberatung in Energie- und Umweltfragen und um die Investitionen geht, die zur Verminderung des CO₂ Ausstoßes beitragen.

Die Erklärung möchte aber auch **zu einem intensiven Gespräch einladen**, das über den G8 Gipfel in Heiligendamm hinausgeht, und einen **Konsultationsprozess** zu Globalisierungsfragen anstoßen, der im Dialog **mit den Partnerkirchen** zu einer gemeinsamen Initiative für die 10. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes 2010 in Stuttgart führen soll.

Die Einleitungen zu den zehn Abschnitten unseres Entwurfs bringen wichtige Einsichten und **Leitbilder der christlichen Sozialethik** ebenso in Erinnerung wie die **Erfahrungen aus dem konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung und bereits getroffene Entscheidungen Ihrer Landessynode, deren Umsetzung weiter verfolgt werden muss**. Im Einvernehmen mit dem Vize-Präses Ihrer Synode hat sich die Vorbereitungsgruppe gegen eine Kürzung der Erklärung auf zwei oder drei Seiten entschieden. Denn die nötige Differenziertheit in der Argumentation und der Begründungszusammenhang in der weltweiten ökumenischen Debatte verdienen aus unserer Sicht den Vorzug vor einer verkürzten, allzu plakativen Vereinfachung oder einem reinen Forderungskatalog an die politischen Entscheidungsträger. Wir hoffen, dass Sie diese Entscheidung mittragen und sich in den Arbeitsgruppen heute Nachmittag mit den Hintergründen der beschriebenen Analysen und Positionen befassen und sich den Entwurf der Erklärung zu eigen machen können. Das öffentliche Interesse am G8 Prozess steigt. Es wäre gut, wenn wir qualifiziert mitdiskutieren können und in wichtigen Fragen kirchliche Positionen einbringen, die von unseren Mitchristen in Tansania und anderen Partnern schon lange vertreten werden. Als die Evangelisch-Lutherische Kirche in Tansania Ende der 80er Jahre im Rahmen der Beratungen des Weltrates der Kirchen zum „Ökumenischen Miteinander Teilen“ gefragt wurde, was sie von den Christen im Norden erwarten, war ihre Antwort erstaunlich eindeutig: „Wichtiger als das Sammeln von Spenden für Kleinprojekte ist es, dass Ihr Euch für Gerechtigkeit einsetzt.“ Wenn wir mit dieser Erklärung **Positionen** beispielsweise **aus dem Lutherischen Weltbund** rund um Heiligendamm **zu Gehör bringen**, tragen wir dazu bei, **dass die Welt nicht länger nur aus einer G8 Perspektive wahrgenommen und gestaltet wird**. Deshalb haben wir in der „Einführung“ ein ausführliches Zitat aus der 10. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes übernommen.

Die Vollversammlung erinnert an die **Praxis Martin Luthers**, „verborgenes Unrecht einer wirtschaftlichen Praxis aufzudecken“, wenn sie die Schwachen ausbeutet. Man denke hier nur an seine Schrift „Von Kauffshandlung und Wucher“ von 1524 und an seine „Vermahnung“ von 1539 „An die Pfarrherrn wider den Wucher zu predigen“. 1992 hat Hans-Jürgen Prien eine hoch interessante Monographie zu „Luthers Wirtschaftsethik“ veröffentlicht. Der unmittelbare Hintergrund für die Vermahnung an die Pfarrherrn war die folgende wirtschaftliche Entwicklung: „Das allgemeine Preisniveau in Wittenberg war 1538 doppelt so hoch wie 1520, während die Löhne fast unverändert geblieben waren, so dass sie teilweise nicht einmal zur bloßen Subsistenz ausreichen.“ (S.81, Fußnote 63) „Die allgemeine Teuerung verschärfte sich im Raum Wittenberg seit Herbst 1538 zusätzlich durch eine anhaltenden Dürre, die eine Mäuseplage nach sich zog, so dass es zu einer Verknappung der Lebensmittel und zu Tumulten auf dem Marktplatz kam. ... Im Jahr 1539 scheint überhaupt kein Mehl mehr im Handel gewesen zu sein.“ (S.82) Luther versuchte, im Rahmen seiner Möglichkeiten Abhilfe zu schaffen und wandte sich an den Magistrat. Als er von Bürgermeister Lucas Cranach die Antwort erhielt, dass für Wittenberg bestimmtes Getreide in der Mark Brandenburg zurückgehalten werde, machte Luther die adeligen Kornspekulanten für die Notlage verantwortlich und bat den Kurfürsten am 9. April 1539, dem spekulativen Getreideaufkauf und Getreideexport Einhalt zu gebieten. Am 13. April predigte er angesichts von 40 Prozent Zinsen im Jahr (S.133) gegen den Wucher. Für Luther stand außer Frage, so Hans-Jürgen Prien, „dass wirtschaftsethische Fragen in einer Krisensituation, in der Spekulanten den Getreidemangel zu Lasten der hungernden Bevölkerung noch zu Preisspekulationen ausnutzen, von der Kanzel zu behandeln sind, ... damit die weltliche Obrigkeit gesetzliche Maßnahmen gegen den Wucher ergreift (WA 51,353;365ff).“ (S. 82)

Der Lutherische Weltbund setzt sich entschieden von einem Wirtschaftsmodell ab, dass ausschließlich auf die so genannten „Selbstheilungskräfte des freien Marktes“ setzt und von manchen als „Neoliberalismus“ bezeichnet wird. Die Vollversammlung hält dazu fest: "Diese falsche Ideologie gründet auf der Annahme, dass der auf Privateigentum, ungezügelter Wettbewerb und dem Vorrang geschäftlicher Vereinbarungen aufgebaute Markt das absolute Gesetz ist, das das menschliche Leben, die Gesellschaft und die Umwelt beherrscht. ... Er führt dazu, dass die, die kein Eigentum besitzen, systema-

tisch ausgeschlossen werden, die kulturelle Vielfalt zerstört wird, instabile Demokratien demontiert werden und die Erde verwüstet" wird.

Dabei steht der LWB nicht allein. Auch Bischof Huber, der EKD Ratsvorsitzende, wird nicht müde, immer wieder an die staatlichen und internationalen politischen Gestaltungsaufgaben zu erinnern, die nicht dem Markt überlassen werden können: die soziale Gerechtigkeit, die Bewahrung der Schöpfung und die weltweite Bekämpfung der Armut.

Bischof Wolfgang Huber warnte bei der 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen am 16.2.2006 in Porto Alegre in Brasilien vor dem Allmachtsanspruch der Ökonomie: „In Fragen der wirtschaftlichen Gerechtigkeit ist der christliche Glaube nicht neutral. Er fügt sich nicht einem Allmachtsanspruch der Ökonomie; denn er bekennt sich zu Christus als dem einen Herrn der Welt. Er überlässt das wirtschaftliche Handeln nicht seinen eigenen Gesetzen; denn er richtet sich an Gottes Gebot aus. Menschenwürde, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit sind die elementaren Werte, an denen wirtschaftliches Handeln heute und morgen zu messen ist. Die Globalisierung unserer Welt prüfen wir als Christen an der Frage, ob sie ein menschenwürdiges Leben fördert, der menschlichen Freiheit dient und kulturelle Vielfalt ermöglicht. Deshalb benennen wir die Ungerechtigkeiten, die mit gegenwärtigen wirtschaftlichen Machtverhältnissen verbunden sind. Eine Globalisierung, die diesen Namen verdient, schließt alle ein und spaltet die Menschheit nicht in Gewinner und Verlierer, in Reiche und Arme. Dafür setzen wir uns als eine weltweite Gemeinschaft von Kirchen ein, die durch das Gebet Jesu verbunden ist, durch das Gebet, das die Bitte um das tägliche Brot für alle einschließt. ... Wir dürfen uns als Christen und als Vertreter der Kirchen nicht der Ökonomisierung des Denkens ausliefern, die sich um uns her ausbreitet. Wirtschaftliche Entscheidungen erzeugen keine ethischen Werte; Solidarität kann nicht durch den Markt entstehen. Wirtschaftliche Gerechtigkeit ist überhaupt nur dann möglich, wenn die Zivilgesellschaft ihre eigenständige Bedeutung behält und neue Kraft entwickelt. Sie kann sich nur entfalten, wenn der Staat die Bedingungen für menschliche Solidarität fördert und den Schwächeren beisteht. Geeignete politische Rahmenbedingungen sind nötig, damit sozialer Ausgleich geschaffen und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefördert wird.“ „Wir leben in einer Zeit, in der die Weltwirtschaft insgesamt wächst, was in einigen Teilen der Welt auch zu einer Verbesserung des Lebensstandards, zu einer Erhöhung der Lebenserwartung und zu einer Steigerung des Bildungsniveaus führt. Zugleich aber setzt sich die krasse und menschenunwürdige Armut von über einer Milliarde Menschen weiter fort; in vielen Teilen der Erde wächst die soziale Ungleichheit, wie die Vereinten Nationen in ihrem Weltsozialbericht deutlich gemacht haben. Die natürlichen Lebensgrundlagen werden in einer Weise ausgebeutet, die den elementaren Geboten der Nachhaltigkeit widerspricht. Die wachsende Armut in vielen Teilen unserer Welt ist für jeden Christen ein Skandal. ... Dieser Skandal muss uns umso mehr aufrütteln, als wir, wie noch keine Generation vor uns, die Möglichkeit dazu haben, strukturelle Armut zu überwinden und die Welt gerechter zu gestalten.“ Die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen von Porto Alegre vom Februar 2006 hat entschieden, den weltweiten ökumenischen Prozess zur Beseitigung wirtschaftlicher Ungerechtigkeit, den so genannten „AGAPE-Prozess“ fortzusetzen. Die Abkürzung AGAPE steht für „Alternative Globalization Addressing People and Earth“: "Alternative Globalisierung im Dienst von Menschen und Erde". In einer Welt, die 12 Milliarden Menschen ernähren könnte, ist es unerträglich, dass täglich 30.000 Kinder an Hunger sterben. Ich bin dankbar, dass dieser Kinder im Gottesdienst am Sonntag vor dem G8 Gipfel im Münster in Bad Doberan gedacht werden soll, vielleicht sogar in der Form, dass 30.000 Kerzen für sie entzündet werden. Wir hoffen, dies wird ein Zeichen, das die Medien aufgreifen und in viele Länder übertragen.

V. Einige Schritte zu einer Globalisierung, die dem Leben dient

Ein entscheidender Rahmen für die weltweite Armutsbekämpfung sind die bis zum Jahre 2015 zu verwirklichenden Internationalen Entwicklungsziele (Millennium Development Goals MDG – zu Ihrer Umsetzung siehe www.2015.venro.org). Durch die Zusagen der Staats- und Regierungschefs beim Millenniumsgipfel der Vereinten Nationen im September 2000 zeichnen sich erste Elemente einer erforderlichen Weltsozialpolitik ab. Die Staatengemeinschaft will es nicht länger hinnehmen, dass mehr als 1 Milliarde Menschen in absoluter Armut von weniger als einem Dollar pro Tag leben müssen. Was der Markt aus sich heraus nicht lösen kann, ist politisch zu lösen. Hierzu bedarf es dringend

eines handlungsfähigen Menschenrechtsrats und Wirtschafts- und Sozialrats (ECOSOC) der Vereinten Nationen, die im Prinzip das gleiche Gewicht haben sollen wie der Weltsicherheitsrat, über den in den Medien fast ausschließlich berichtet wird. Die **Stärkung und Reform der Vereinten Nationen** im Sinne einer besseren „global governance“-Architektur sind dringend erforderlich. Im Entwurf dieser Erklärung finden Sie dazu den Hinweis auf das „**Globale Leitungsgremium**“, das „Global Leaders Forum“ von Staats- und Regierungschefs, das nach dem regionalen Verteilungsschlüssel der Vereinten Nationen zusammengesetzt wird und in dem die Regionen über gewählte Delegierte (mit Rotation zwischen den Ländern der Region) vertreten sind. Dies ist gedacht als eine demokratisch legitimierte Alternative zu den G8, die in den letzten Jahren immerhin einige ausgewählte Schwellenländer wie Brasilien und Südafrika für einige Tagesordnungspunkte und ein Pressefoto eingeladen haben, um der Kritik am ihrem Legitimationsdefizit wenigstens etwas den Wind aus den Segeln zu nehmen. Der Vorschlag des „Globalen Leitungsgremiums“ wurde im November 2006 vom früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan den Regierungen der Mitgliedsländer unterbreitet und zur Diskussion und Umsetzung übergeben. Der Bundestagsabgeordnete, evangelische Diakon und Vorsitzende des Entwicklungsausschusses (AWZ) des Deutschen Bundestages, Thilo Hoppe, hat diesen Vorschlag vorgestern im Berliner Bonhoeffer-Haus öffentlich unterstützt.

Für die **Finanzierung der weltweiten Armutsbekämpfung** gibt es die Zusage aller EU-Länder, die Entwicklungshöhe anzuheben. Dabei darf nicht außer Blick geraten, dass fünf Länder schon seit Jahren mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stellen, nämlich die Niederlande, Schweden, Norwegen, Dänemark und Luxemburg. Deutschland will zusammen mit den „alten“ EU-Ländern **im Jahr 2010 0,51 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungshilfe** geben. Es ist in der Tat zu ersten Erhöhungen im deutschen Entwicklungsetat gekommen. Doch bedauerlicherweise beruht dies auf der Anrechnung des deutschen Schuldenerlasses, den Irak als Wiederaufbauhilfe erhielt. Damit werden keine zusätzlichen Gelder für die Verwirklichung der weltweiten Armutsbekämpfung in anderen Ländern frei gesetzt. Nur wenn diese zusätzlichen Mittel von Deutschland und anderen Geberländern tatsächlich zur Verfügung gestellt und für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden, gibt es die Chance, die Internationalen Entwicklungsziele zu erreichen.

Am 1. März des letzten Jahres fand in Paris die Konferenz über „innovative Entwicklungsfinanzierung“ statt. Die französische Regierung führte am 1. Juli 2006 eine **Abgabe auf Flugtickets** ein, deren Erlös von schätzungsweise 200 Millionen EUR im Jahr Frankreich für die Bekämpfung von Aids, Malaria und Tuberkulose einsetzen wird. Chile, Brasilien, Großbritannien werden diesem Beispiel folgen, Deutschland leider noch nicht. Dabei haben insgesamt schon 25 Länder die Einführung einer Flugticket-Abgabe beschlossen. Der Vorsitzende des Entwicklungsausschusses des Deutschen Bundestages, Thilo Hoppe, zeigte sich enttäuscht über die Haltung der Bundesregierung: Berlin müsse „mindestens dem Beispiel Frankreichs folgen“. Außerdem sprach sich Hoppe vorgestern in Berlin erneut für die Einführung einer Kerosinsteuer aus. Auch die **Kammer für nachhaltige Entwicklung der EKD** hat in ihrer Stellungnahme „Schritte zu einer nachhaltigen Entwicklung - Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen“ im September 2005 die Bundesregierung aufgefordert, „Initiativen zur Schaffung neuer Finanzierungsinstrumente zu ergreifen und diesen Impuls auch auf europäischer Ebene stark zu machen.“ (S.12, erschienen als EKD Texte 81) Es wird spannend, wie die Bundesregierung ihre Zusage zur Erhöhung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit auf 0,51% im Jahr 2010 einlösen wird, wenn 2008 die Verrechnung aus dem Schuldenerlass ausläuft, der Irak und Nigeria gewährt wurde. Neue Finanzierungsinstrumente sind dafür sicher eine interessante Perspektive.

Die Vorbereitungsgruppe hat im Entwurf für die Synodenerklärung in Absatz 4 (b) die Einführung einer „**Spahn-Tax auf Devisentransaktionen**“ vorgeschlagen. Leider sind dem Entwurf nur sehr knappe Hinweise zu entnehmen, was damit gemeint ist. Die Besteuerung von internationalen Devisengeschäften wurde erstmals 1972 vom Wirtschaftsnobelpreisträger James Tobin (1918-2002) vorgeschlagen. Heute werden börsentäglich ca. 1,9 Billionen (1900 Mrd.!) Dollar im Devisenhandel umgesetzt. „Weniger als 3% dienen der unmittelbaren Finanzierung von Handel und Investitionen, ca. 20% der Absicherung von realwirtschaftlichen Geschäften gegen das Wechselkursrisiko. Die übrigen 80% sind Arbitrage- oder Spekulationsgeschäfte“ (Peter Wahl, in: ABC der Globalisierung, S. 190), die winzige Wechselkursunterschiede zwischen verschiedenen Handelsplätzen und geringe Wechselkursschwan-

kungen ausnutzen. Stellen Sie sich vor, Sie könnten per Mausklick Gelder in der Größenordnung von 100 Millionen EUR kurzfristig in eine andere Währung tauschen. Falls im Laufe weniger Stunden eine Wechselkursschwankung von 0,1% eintritt und Sie mit einem zweiten Mausklick das Geld zurücktauschen, hätten Sie bereits 100.000 EUR Gewinn erzielt, wenn keine Umtauschgebühr, Steuer oder Abgabe für dieses Geschäft zu zahlen wären. Eine Tobin-Steuer, die bei jedem Umtausch einer Währung in eine andere erhoben würde, würde je nach ihrer Höhe solche Geschäfte unrentabel machen. Deshalb sprach Prof. Tobin davon, dass er mit einer solchen Steuer „Sand ins Getriebe“ werfen wollte. Doch beim genauen Hinsehen wird meines Erachtens der Zielkonflikt deutlich zwischen der Einkommensfunktion der Steuer und ihrer Lenkungsfunktion. Wenn die Steuer nur sehr niedrig ist, werden die Geschäfte unverändert weiter laufen. Dann aber stellt sie nicht das „Sand im Getriebe“ dar, das spekulative Geschäfte eindämmen könnte. Wäre die Steuer jedoch sehr hoch, würden die kurzfristigen Geschäfte unterbleiben. Sie würde nur von denen in Kauf genommen, die längerfristig in einem anderen Währungsraum investieren oder dort Waren zu bezahlen haben. Dann aber wäre das Steueraufkommen nur gering. Diesem Dilemma entgeht der **Vorschlag einer modifizierten Tobin-Tax von Prof. Paul Bernhard Spahn** von der Uni Frankfurt am Main, ein Berater des Internationalen Währungsfonds. Er schlägt **eine zweistufige Steuer** vor. Ein nur geringer Steuersatz von 0,01 Prozent würde zu erheblichen zusätzlichen Mitteln für die internationale Armutsbekämpfung führen. Falls es jedoch zu extremen Schwankungen des Wechselkurses käme, wie es in der Asien-Krise 1999 aufgrund des „Herdentriebs“ von internationalen Investoren der Fall war, würde eine weit höhere Steuer nötig sein, um massive spekulative Attacken zu verhindern. Bei Rückfragen zu den Details verweise ich auf die entsprechende Arbeitsgruppe heute Nachmittag. Prof. Spahn hat im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung am 20.2.2002 die Studie „Zur Durchführbarkeit einer Devisenumsatzsteuer“ vorgelegt. Sein Fazit:

1. Eine zweistufige Steuer ist ökonomisch sinnvoll, um zu einer Stabilisierung der Wechselkurse beizutragen.
2. Sie ist technisch machbar, da die Transaktionen fast ausschließlich computergestützt getätigt werden.
3. Falls jemand die Steuer umgehen möchte, wäre der Aufwand größer als die geringe Höhe der Steuer.
4. Die Steuer kann auch im europäischen Alleingang in der europäischen Zeitzone eingeführt werden, falls sich die anderen wichtigen Währungsräume Dollar und Yen nicht beteiligen.
5. Falls diese Steuer in der europäischen Zeitzone eingeführt würde, hätte sie - den Schätzungen von Prof. Spahn zufolge - bei einer Höhe von 0,01 Prozent ein Aufkommen von 17 bis 20 Milliarden EUR pro Jahr, das sind rund ein Viertel der gesamten öffentlichen Entwicklungsmittel aller Geberländer der OECD im Jahr 2005 (106,8 Mrd. USD, etwa 80 Mrd. EUR).

Der Ökumenische Rat der Kirchen setzt sich für die Einführung einer Devisenumsatzsteuer ein ebenso wie die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen in ihrem Antwortbrief an den anfangs erwähnten Soesterberg-Brief der Weltbünde und des Ökumenischen Rates der Kirchen. Nach Einschätzung von Peter Wahl, der bei den Bildungstagen in Ludwigslust zu Fragen der internationalen Finanzmärkte referiert hat, findet die Tobin-Steuer „zunehmend politische Unterstützung. Nach einem Beschluss der französischen Nationalversammlung 2001 hat das belgische Parlament 2004 ein Gesetz für die Steuer beschlossen. Beide allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die übrigen EU-Mitglieder anschließen. Auch die „Enquete-Kommission Globalisierung“ des Bundestages befürwortet die Tobin-Steuer und plädiert für eine unilaterale Einführung in Europa, solange kein internationaler Konsens zu erzielen ist“ (ABC der Globalisierung, S.191), insbesondere mit den Vereinigten Staaten. Eine geringe, einstufige Tobin-Steuer könnte eine neue Finanzierungsquelle zur internationalen Entwicklungsfinanzierung erschließen. Eine Arbeitsgruppe von Regierungen, an der sich auch Frankreich, Brasilien und Deutschland beteiligen, debattiert derzeit unter Federführung von Norwegen über die Einführung einer Devisenumsatzsteuer in Höhe von 0,05%. Die von Prof. Spahn vorgeschlagene zweistufige Form einer Tobin-Steuer könnte in der Tat ein kleiner Beitrag zur Stabilisierung der Finanzmärkte sein, dem andere folgen müssten, insbesondere die **internationale Kooperation in Steuerfragen**, um Maßnahmen gegen Geldwäsche, Steuerflucht, Steuervermeidung, Steueroasen und den ruinösen internationalen Steuersenkungswettbewerb entwickeln und international zu vereinbaren.

Neben der Erhöhung und besseren Ausrichtung der Entwicklungshilfe auf die weltweite Armutsbekämpfung sind weitere Schritte nötig:

- Eine neue **Sitzverteilung bei der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds**, die mehr der weltweiten Bevölkerungsverteilung entspricht und damit den Entwicklungsländern mehr Mitspracherechte einräumt.
- Eine Ausweitung der bisherigen Schuldenerlasse auf eine größere Anzahl von Ländern, die sich an einer konsequenten Armutsbekämpfung orientieren, und eine **Reform des internationalen Entschuldungsverfahrens**.
- Die fairere Gestaltung der Welthandelsbedingungen, insbesondere durch die **Abschaffung von Agrar-Exportsubventionen seitens der Industrieländer**.
- Die **Entwicklung verbindlicher Sozial- und Umweltstandards** und die Durchsetzung entsprechender Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation, um Sozialdumping und unfaire Konkurrenz zu vermeiden.
- Eine **nachhaltige Klimapolitik** mit allen nur erdenklichen Anstrengungen, um den weltweiten Klimawandel – so gut es noch geht – aufzuhalten.

Wenn wir uns für den notwendigen Wandel einsetzen, können wir uns die positiven Chancen der Globalisierung zunutze machen. Wir leben längst in einem vielfach vernetztem „globalen Dorf“. Beispielsweise hat die Tsunami-Katastrophe vom zweiten Weihnachtstag 2004 durch die schnelle Verbreitung der Information in aller Welt eine ungeahnte Hilfsbereitschaft in Gang gesetzt. Mit der Globalisierung wachsen die **Chancen für ein neues Weltverständnis und ein globales Verantwortungs-Bewusstsein**, besonders für die Endlichkeit des Ökosystems und für die Verwirklichung der Menschenrechte. Das Internet hat zu einer Demokratisierung der Information und zum Entstehen einer weltweit vernetzten Zivilgesellschaft beigetragen, die nicht mehr so einfach durch einen Staat kontrolliert werden können. Gut recherchierte Kampagnen, die internationale Unterstützung aufbauen, können unsere Welt verändern. Der beachtliche Erfolg der Erlassjahr-Kampagne in Tansania ist dafür nur ein Beispiel. Angesichts dieser positiven Entwicklungen wäre es unverantwortbar, die Globalisierung pauschal abzulehnen.

Die politische, soziale und ökologisch nachhaltige Gestaltung der Globalisierung ist die entscheidende Herausforderung, vor der wir zu Beginn des neuen Jahrtausends stehen. Deshalb ruft die 10. Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes seine Mitgliedskirchen auf, an der Umwandlung der wirtschaftlichen Globalisierung mitzuarbeiten, insbesondere durch die kirchliche Bildungsarbeit und durch den Dialog mit Entscheidungsträgern in Politik, Wirtschaft und Medien, „... **damit die Globalisierung dem Leben dient**“

Die weltweite **Kirche** ist ein „**global player**“ und ein „**global prayer**“ (Bischof Huber in Porto Alegre bei der ÖRK Vollversammlung), deren Wesen es ist, an Gottes Mission in unserer Welt teilzuhaben und die frohe Botschaft des Evangeliums unter die Leute zu bringen. Lasst uns deshalb mit Verkündigung, Fürbitte, gründlicher Analyse und konkretem Handeln an einer „**Globalisierung der Solidarität**“ mitarbeiten,

- im Vertrauen auf unseren Vater im Himmel, dem Schöpfer von allem, was ist,
- in der Nachfolge des gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus, der uns als Bruder aller Menschen besonders in den Armen und Notleidenden begegnet und uns und die ganze Welt richtet, und
- in der Kraft des Heiligen Geistes, der unserer Schwachheit aufhilft (Röm 8,26).

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns gute Beratungen.

Pfr. Michael Hanfstängl, Direktor des Ev.-Luth. Missionswerks Leipzig e.V.